

Arbeits- und Sozialministerkonferenz

Umlaufbeschluss 12/2023

vom 19.09.2023

Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben der Länder im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie

Antragsteller: Baden-Württemberg (als LASI-Vorsitzland), Sachsen

Beschlussvorschlag:

Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales der Länder

1. stimmen dem Vorschlag des LASI zur Anpassung der „Vereinbarung über die Finanzierung der sich aus der Umsetzung der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie für die Länder ergebenden Gemeinschaftsaufgaben“mehrheitlich zu.
2. erklären, ab dem Haushalt 2024 die hierfür gemäß der Finanzplanung zusätzlich erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich ca. 88.500 € zur Verfügung zu stellen. Für die Aufteilung des Betrages auf die Länder kommt der Königsteiner Schlüssel zur Anwendung. Sollten aus haushaltsplanerischen Gründen einzelne Länder eine Überweisung in den Jahren 2024/ 2025 nicht ermöglichen können, werden diese Länder ihre Anteile in den Folgejahren ausgleichen.
3. beauftragen den LASI, zur Umsetzung des Beschlusses bis zum 31. Dezember 2023 die zwischen den, für den Arbeitsschutz zuständigen, obersten Landesbehörden auf Abteilungsleitungsebene geschlossene Verwaltungsvereinbarung zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben der Länder im Rahmen der GDA entsprechend anzupassen.